
10. Tagung der V. Landessynode
der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz
vom 4. bis 5. April 2025

Weiter auf dem Weg zu einem gerechten Frieden: eine Standortbestimmung

Die Landessynode hatte sich auf den Weg zu einer „Kirche des gerechten Friedens“ gemacht und bekräftigt ihren Beschluss vom April 2018. Sie steht weiterhin zum „Wort der Landessynode der EKBO zum Krieg gegen die Ukraine“ vom April 2022 und den dort aufgeführten Haltungen und Maßnahmen.

Die veränderte Lage in der Welt hat zu einer zunehmenden Verunsicherung der Menschen geführt. Werte werden in Frage gestellt, die seit langem für die Evangelische Kirche und ebenso für unsere Gesellschaft als selbstverständlich und unverzichtbar gelten. Grundlegende Wertvorstellungen, über die lange Zeit in Europa weitgehend Konsens bestand, werden zunehmend öffentlich angezweifelt.

Kriegerische Auseinandersetzungen mit Waffen, im Handel, durch Sabotage und durch Desinformation haben weltweit zugenommen. Immer mehr Geld soll für Aufrüstung und zur Unterstützung der Ukraine sowie zur Bündnis-Verteidigung Europas ausgegeben werden. Die Debatte über eine allgemeine Wehrpflicht wird in Deutschland wieder geführt. Das Thema treibt die Menschen um, weil es die Familien direkt betrifft und Ängste weckt.

Unsere Gesellschaft wirkt polarisiert und gespalten, anstatt solidarisch zusammenzuhalten. Die Aufwendungen für militärische Zwecke und Verteidigung werden die Gesamtgesellschaft belasten, jedoch die sozial Schwächeren im Verhältnis stärker. Wer schon wenig hat, kann es sich nicht leisten, das Wenige auch noch zu verlieren. Die Sorge um das eigene Auskommen gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu Lasten der Geflüchteten, der Bürgergeldberechtigten, der prekär Beschäftigten, der armutsgefährdeten Rentner:innen, Kinder und Jugendlichen sowie anderer Gruppen.

Daher ist es notwendig, den Diskurs darüber weiterzuführen, was die formulierten Positionen der Landessynode in dieser Zeit bedeuten. Frieden gilt es weiterhin zu suchen und zu erreichen. Dabei kann es nur um einen gerechten und damit tragfähigen Frieden gehen. Es ist gut, wenn die Waffen schweigen, aber nach und in einem Krieg kann das nur ein erster Schritt sein auf dem langen Weg zu einem gerechten und nachhaltigen Frieden. Das Erreichen eines gerechten Friedens ist weder eine Selbstverständlichkeit noch in einem kurzen Augenblick zu erreichen, sondern es ist ein Prozess, der lange dauern kann und regelmäßige Bestandsaufnahme, Prüfung, Weiterentwicklung erfordert. Als „Kirche auf dem Weg zum gerechten Frieden“ nehmen wir die Herausforderung an, an der Idee des gerechten Friedens festzuhalten. Wir müssen als Individuen und in unseren Gemeinden sprachfähig werden und bleiben, und wir müssen entsprechend handeln, um unsere Botschaft der Hoffnung wirksam in die Welt tragen zu können. Die

Landessynode dankt allen, die sich für Zusammenhalt, Gerechtigkeit und Frieden einsetzen und bittet darum, diese Bemühungen noch weiter zu verstärken.

Wir beobachten mit Sorge:

Die Lage in Europa ist unsicherer geworden. Die Beistandspflicht innerhalb der NATO steht infrage, was wiederum das transatlantische Bündnis insgesamt in Frage stellt. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker und die Unverletzlichkeit der Ländergrenzen sind in Frage gestellt. Die Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit der multilateralen Institutionen haben abgenommen und werden untergraben. Bisher geltende Regeln und die internationale Sicherheitsordnung lösen sich auf. Der Bruch des Budapester Memorandums - die Ukraine hat ihre Atomwaffen im Vertrauen auf die Sicherheitsgarantien der USA, Russlands und Großbritanniens abgegeben - war ein gravierender Schritt in dieser zerstörerischen Entwicklung.

Bei den von Krieg Betroffenen in der Ukraine nehmen wir Kriegsmüdigkeit und Zermürbung, Ohnmacht und auch Wut wahr. Die nicht unmittelbar Betroffenen scheinen sich an den Krieg in Europa gewöhnt zu haben. Die Waffenruhe im Nahen Osten hatte keinen Bestand; noch immer sind Geiseln in der Hand der Hamas, das Leiden der Menschen in der Region nimmt zu. Kriege in entfernteren Ländern wie im Sudan und in der Demokratischen Republik Kongo werden oft immer noch in der breiten Öffentlichkeit ausgeblendet.

Krieg bedeutet auch ein ökologisches Desaster für die betroffenen Regionen (gefährdete Atomkraftwerke, Überflutungen, Artensterben). Dies und die Auswirkungen davon finden in der politischen Diskussion viel zu wenig Beachtung.

Oligarchen und Superreiche beherrschen in immer mehr Ländern die politische Debatte durch Beeinflussung und gezielten Einsatz der verschiedenen Medien. Das Recht des Stärkeren gewinnt an Zustimmung, wird gefordert durch den immer lauter werdenden Ruf nach „starker Führung“. Besonders die Entwicklung in der Regierung der USA ist besorgniserregend. Dadurch sind Demokratie und Pluralität in Deutschland und Europa herausgefordert.

Das Vertrauen in den Rechtsstaat, in staatliche und internationale Institutionen und in die Wissenschaft wird untergraben. Zwar gibt es wie überall auch dort Kritikwürdiges, doch sorgen Desinformationskampagnen dafür, dass ein Klima des grundsätzlichen Misstrauens entsteht. Falschaussagen und menschenverachtende Äußerungen erhalten zu wenig Widerspruch und verfestigen sich im öffentlichen Diskurs. Demokratie gründet auf Vertrauen, Kooperation, Ausgleich, Kompromiss. Diktatur gründet auf Angst. Je mehr Angst verbreitet wird, desto leichter sind Menschen manipulierbar.

Was uns treibt:

Als Christinnen und Christen wissen wir uns in der Hand Gottes aufgehoben. Einer angstgeleiteten Debatte wollen wir entgegenwirken. Wir wollen uns von gesellschaftlichen und

politischen Akteuren keine Angst machen lassen. Auch wenn wir selbst Angst haben, können wir auf Gott vertrauen. Denn wir wissen, dass wir mit Christi Hilfe unsere Angst überwinden können. Wir ermutigen andere, ebenfalls Vertrauen zu schöpfen.

Wir sind von Gott beauftragt, die Erde zu bebauen und zu bewahren, Frieden zu stiften und Versöhnung zu initiieren. Deshalb müssen wir eindeutig sein in unserem Einsatz für Frieden und Gerechtigkeit und in diesen Zeiten unsere Stimme erheben.

Unser Fundament ist das Evangelium von Jesus Christus, das Nächstenliebe, Feindesliebe, Versöhnung und Frieden verkündigt. Diese Hoffnung tragen wir in die Welt. Dadurch sind wir auch in Kriegszeiten dazu befähigt und aufgefordert, in unserem Gegenüber, auch dem feindlichen, den Menschen in seiner unverlierbaren Würde zu sehen. Nur so können wir, wo immer es möglich ist, für Versöhnung und Frieden eintreten. Das kann und muss vielstimmig sein, denn jeder Friedensprozess braucht den offenen Diskurs.

Unser Auftrag in der Nachfolge Christi ist es, im Sinne der Nächstenliebe zu handeln. Solidarität mit den Opfern bedeutet, nicht über sie, sondern mit ihnen zu sprechen und gemeinsam nach Lösungen zu suchen. Wir nutzen und intensivieren unsere Kontakte in die von Krieg betroffenen Gebiete. Es kann auch heißen, für unsere Nächsten zu verzichten und Nachteile in Kauf zu nehmen.

Was uns Hoffnung macht:

Unsere Hoffnung auf das verheißene Friedensreich Gottes treibt uns immer weiter an. Es wird eine Zeit kommen, in der es keinen Krieg mehr geben wird. Gott wird abwischen alle Tränen von ihren Augen, und der Tod wird nicht mehr sein, noch Leid noch Geschrei noch Schmerz wird mehr sein (Offb 21,4). Unsere Hoffnung gründet in dem Bekenntnis zu Jesus Christus und im Vertrauen auf den Heiligen Geist. Frieden lasse ich euch, meinen Frieden gebe ich euch. Nicht gebe ich euch, wie die Welt gibt. Euer Herz erschrecke nicht und fürchte sich nicht (Joh 14,27).

Auch in der Welt sind wir nicht ohne Hoffnung. Wir stehen in einer Tradition, in der eine friedliche Revolution stattgefunden hat. Viele von uns sind bereits in verschiedenster Weise dabei, Zusammenhalt und Frieden zu stärken. Große Teile der Zivilgesellschaft mobilisieren sich gegen Ausgrenzung, Diskriminierung und menschenverachtende Propaganda. Eine große Zahl von Geflüchteten hat bei uns eine neue Heimat gefunden; diese Menschen sind eine Bereicherung für unsere Gesellschaft. Ihre neue Heimat darf ihnen nicht wieder genommen werden.

Woran wir festhalten:

Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein. Wir verurteilen jede Art von Angriffskrieg ebenso wie gewaltsame Angriffe einzelner Personen oder Gruppen. Recht und Unrecht müssen benannt werden. Eine Täter-Opfer-Umkehr darf es nicht geben.

Wir sind davon überzeugt, dass alle Menschen bedingungslos gleich vor Gott und frei sind. Deshalb ist Geist und Logik von Nationalismus und Rassismus eine klare Absage zu erteilen. Wir treten Hass und Hetze gegen andere Menschen entschlossen entgegen. Wir beteiligen uns nicht an pauschalen Abwertungen, sondern bemühen uns um eine sachorientierte Diskussion.

Wir verurteilen Terror und terroristische Anschläge. Jede pauschale Verurteilung ganzer Menschengruppen lehnen wir ab. Bei allen Maßnahmen ist das Prinzip der Verhältnismäßigkeit zu wahren und müssen rechtsstaatliche Prinzipien maßgebend bleiben.

Wir hören Jesu Worte von der Nächstenliebe und der Feindesliebe. Wir stehen weiterhin an der Seite der Opfer, treten für sie ein und wollen Unterstützung bieten. Die konkreten Maßnahmen in unserer Landeskirche zur Unterstützung von Geflüchteten müssen weitergeführt werden. Das bedeutet zum Beispiel, dass der Flüchtlingsfonds aufgestockt werden muss. Die Entwicklungszusammenarbeit wird weiter qualifiziert.

Die Feindesliebe ist nicht über die Nächstenliebe gestellt, sondern sie ist ihre Konsequenz. Daraus haben wir den Auftrag, gerechten Frieden und Versöhnung im Blick zu behalten und auf sie hinzuarbeiten. Das muss unser Handeln leiten. Wir bleiben dazu in Kontakt mit den Geschwistern in der Ökumene. Gegenüber der russisch-orthodoxen Kirche sind wir verunsichert und suchen unsere Rolle.

Worum wir ringen:

Im Beschluss vom April 2022 hat die Landessynode festgestellt, dass sich unsere Friedensethik an der Wirklichkeit messen lassen und stetig weiterentwickelt werden muss. Diese Wirklichkeit müssen wir zur Kenntnis nehmen und darauf reagieren, ohne unser Fundament und unsere Werte aufzugeben und unser langfristiges Ziel eines gerechten Friedens für alle Völker aus dem Auge zu verlieren.

Wie können wir den Frieden, der immer nur ein gerechter Frieden sein kann und nur als solcher dauerhaft sein kann, erreichen und bewahren? Was heißt das in Zeiten, wenn Angriffskriege geführt werden und wenige Mächtige über den Ausgang bestimmen? Mit Bonhoeffer fragen wir uns: Wo folgen wir dem Aufruf zu unbedingtem Gehorsam gegenüber dem Friedensgebot Jesu, und wo sollten wir dem Gebot der Nächstenliebe folgend um den Preis der Schuld doch auf militärische Verteidigung und Abschreckung setzen? Wo ist unsere eigene Sicherheit der leitende Gedanke und wo muss der Frieden dennoch gewagt werden?

Uns ist bewusst, dass Atomwaffen zwar vorhanden sind, aber weltweit seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs nicht eingesetzt wurden. Die Notwendigkeit und die Berechtigung dieser Waffen zur Abschreckung bleiben umstritten. Angesichts der sich ändernden Rolle der USA in Europa und ihrer Bedeutung für die deutsche Sicherheitsarchitektur sehen wir dieses Thema vermehrt auf uns zukommen. Es gibt keinen Weg, die Drohung mit oder den Einsatz von Atomwaffen ethisch zu legitimieren. Gleichzeitig aber nimmt die Landessynode zu Kenntnis, dass die politische Situation den Besitz atomarer Waffen solange nicht ausschließen kann, wie die geforderte vollständige nukleare Abrüstung noch nicht umgesetzt ist. Eine deutliche Reduzierung der Waffen ist jedoch aus ihrer Sicht umsetzbar und sollte mit Nachdruck verfolgt werden. Hierfür will sie sich einsetzen und einen Raum für Austausch ermöglichen.

Die Evangelische Kirche und damit auch die EKBO kann gleichzeitig Mahnerin zum Frieden sein und die Notwendigkeit der Verteidigungsfähigkeit anerkennen. Die Debatte um Wehrpflicht und/oder Dienstpflicht muss auf breiter gesellschaftlicher Basis und ergebnisoffen geführt werden. In der Debatte um die Verteidigungsfähigkeit setzt sich die EKBO dafür ein, dass Menschen unbedingt geschützt werden, die aus Gewissensgründen keinen Dienst an der Waffe leisten wollen oder können, und erkennt dies als Friedensdienst an.

Seit langem ist die EKBO in der Entwicklungszusammenarbeit in vielen Ländern der Welt tätig und erfüllt soziale Aufgaben auf allen kirchlichen Ebenen und in all ihren Einrichtungen und Werken und setzt sich aktiv für Gerechtigkeit ein. Sie lässt nicht nach in ihrem Einsatz für Friedensdienste und Friedensbildung, sondern verstärkt diese dort, wo es sich als notwendig erweist.

Harald Geywitz

Präses